

Zur Beachtung

Mit Inkrafttreten des Bayerischen Gesetzes zur Regelung von Notfallrettung, Krankentransport und Rettungsdienst am 01. Januar 1998 ist gleichzeitig das bisher gültige Bayerische Gesetz über den Rettungsdienst vom 01. Januar 1991 außer Kraft getreten.

Eine Neuauflage der Dienstanweisung für den Rettungsdienst mit allen notwendigen Änderungen und Ergänzungen kann erst nach amtlicher Bekanntmachung einer neuen Musterdienstanweisung durch das Bayerische Staatsministerium des Innern (BStMdl) erscheinen. Die Aktualisierung einzelner Paragraphen wurde per Weisung bzw. Rundschreiben durch das BStMdl bereits vorgenommen.

Der geänderten Rechtslage wurde durch Vorspann des BayRDG neu sowie der Zweiten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Tätigkeit als Rettungssanitäter (RSanV) vom 04. Dezember 1990 Rechnung getragen.

Die Verweisungen auf die Vorschriften des BayRDG in dieser Dienstanweisung sind durch die Änderung des Gesetzestextes nicht mehr aktuell und beziehen sich auf das BayRDG vom Januar 1974

Landesgeschäftsstelle des Bayerischen Roten Kreuzes

Stand März 2002

Einige Anmerkungen zur Verwendung des Dokumentes:

Dank umfangreicher Verknüpfungen können Sie die gesuchten Gesetzestexte und Verweise direkt aufrufen. Klicken Sie dazu den gesuchten Paragraphen im Inhaltsverzeichnis oder im Text den gesuchten Verweis einfach an. Wollen sie wieder zum Inhaltsverzeichnis wechseln, klicken Sie in eine der Überschriften. Ein Verknüpfung erkennen Sie daran, dass sich der Mauspfel (im Acrobat-Reader üblicherweise eine greifende Hand) zur zeigenden Hand verändert.

Dienstanweisung für den Rettungsdienst gemäß Art. 13 Abs. 3 BayRDG

INHALTSÜBERSICHT

ERSTER ABSCHNITT: Allgemeine Bestimmungen

I. Geltungsbereich der Dienstanweisung

- § 1 Rettungsdienst
- § 2 Einsätze bei Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen

II. Personal

- § 3 Allgemeines
- § 4 Personal von Rettungsleitstellen
- § 5 Besatzung von Krankenkraftwagen
- § 6 Gesundheitsbestimmungen für die Besatzung von Krankenkraftwagen
- § 7 Besondere Bestimmungen für Fahrer von Krankenkraftwagen
- § 8 Alkohol- und Rauchverbot
- § 9 Verschwiegenheit

III. Einrichtungen des Rettungsdienstes

1. Die Rettungsleitstelle

- § 10 Leitungsaufgaben
- § 11 Besondere Aufgaben
- § 12 Zusammenarbeit mit dem Kassenärztlichen Notfalldienst
- § 12a Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten
- § 13 Anzeigepflicht

2. Die Rettungswachen

- § 14 Verhältnis zur Rettungsleitstelle
- § 15 Meldepflichten

ZWEITER ABSCHNITT: Einsatz

I. Bestimmungen für alle Einsätze

1. Grundsätze für den Einsatz

- § 16 Art des Einsatzes
- § 17 Notwendigkeit des Einsatzes
- § 18 (gestrichen)
- § 19 Einzusetzende Rettungsmittel
- § 20 Beförderungsziel

2. Leitung und Übernahme des Einsatzes

- § 21 Einsatzleitung
- § 22 Übernahme von Einsätzen durch die Rettungswachen

3. Durchführung des Einsatzes

- § 23 Schutzkleidung
- § 24 Schutz vor übertragbaren Krankheiten
- § 24a Erste Maßnahmen bei Notfalleinsätzen
- § 24b Führung und Sicherung der Krankenkraftwagen
- § 25 Aufgaben des Rettungssanitäters
- § 26 Versorgung und Transport des Patienten
- § 26a Mitnahme einer Begleitperson
- § 27 Eigentum des Patienten
- § 28 Unfälle mit Krankenkraftwagen

4. Beendigung des Einsatzes

- § 29 Übergabe des Patienten an das Krankenhaus
- § 30 Rückmeldung
- § 31 Dokumentation - Transportbeleg
- § 32 Materialersatz und Reinigung

II. Einsätze in besonderen Fällen

1. Sonderrechte und Benutzung von Sonderwarneinrichtungen

- § 33 Sonderrechte
- § 34 Benutzung von Sonderwarneinrichtungen

2. Transporte besonderer Gruppen von Kranken

- § 35 Transport Infektionskranker
- § 35a Einsatz des Rettungsdienstes an strahlengefährdeten Einsatzstellen und Transport radioaktiv kontaminierter Personen
- § 36 Transport psychisch Kranker oder gestörter Personen

3. Sterbefälle und Leichenbeförderung

- § 37 Sterbefälle
- § 38 Leichenbeförderung

DRITTER ABSCHNITT: Besondere Bestimmungen für den Luft-, Berg- und Wasserrettungsdienst

§ 39 Entsprechende Anwendung der allgemeinen Bestimmungen

I. Luftrettungsdienst

- § 40 Begriff des Luftrettungsdienstes
- § 41 Einrichtungen des Luftrettungsdienstes
- § 42 Einsatzarten
- § 43 Voraussetzungen für den Einsatz von Rettungshubschraubern
- § 44 Durchführung des Einsatzes
- § 45 Besatzung des Rettungshubschraubers
- § 46 Einsatz von Hubschraubern zur Bergrettung
- § 47 Einsatz von Hubschraubern zur Wasserrettung

II. Wasserrettungsdienst

- § 48 Einsatz des Wasserrettungsdienstes
- § 49 Einsatz von Motorrettungsbooten

III. Bergrettungsdienst

- § 50 Einsatz des Bergrettungsdienstes

VIERTER ABSCHNITT: Verwaltungsangelegenheiten

- § 51 Verweisung auf organisationsinterne Vorschriften
- § 52 Einsatztagebuch
- § 53 Inhalt der Dokumentation - Transportbeleg
- § 54 Fahrtenbuch

- Anlage 1** Notfälle, die einen Notarzteinsatz erfordern
- Anlage 2** Verhalten bei Unfällen mit Krankenkraftwagen
- Anlage 3** Hygienische Schutzmaßnahmen
- Anlage 4** Richtlinie für den Einsatz des Rettungsdienstes an strahlengefährdeten Einsatzstellen und für den Transport radioaktiv kontaminierter Personen
- Anlage 5** Richtlinie für den Transport psychisch kranker oder infolge Geistesschwäche oder Sucht psychisch gestörter Personen
- Anlage 6** Richtlinien für die Zusammenarbeit von Rettungsdienst und Katastrophenschutz beim Massenanfall von Verletzten
- Anlage 7** Schweigepflicht des Rettungsdienstpersonals

- Anhang BRK 001** Ausführungsbestimmungen zu den §§ 31 und 53 Dienstanweisung (Dokumentation - Transportbeleg)
- Anhang BRK 002** Definition Notfälle
- Anhang BRK 003** Erläuterung zur Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)
- Anhang BRK 004** Schnelleinsatzgruppe (SEG)
- Anhang BRK 005** Skiwacht
- Anhang BRK 006** Erläuterung zu § 6, Abs. 1 Dienstanweisung

ERSTER ABSCHNITT: Allgemeine Bestimmungen

I. Geltungsbereich der Dienstanweisung

§ 1 Rettungsdienst

Gemäß Artikel 1 des Bayerischen Gesetzes über den Rettungsdienst BayRDG (BayRS 21 5-5-1-1) ist es Aufgabe des Rettungsdienstes,

1. das Leben von Notfallpatienten, soweit an Ort und Stelle möglich, zu erhalten, sie transportfähig zu machen und sie unter sachgerechter Betreuung in ein für die weitere Versorgung geeignetes Krankenhaus zu befördern
= Notfalleinsatz;
2. Kranken, Verletzten oder Hilfsbedürftigen, die keine Notfallpatienten sind, Erste Hilfe zu leisten und sie unter sachgerechter Betreuung zu befördern
= Krankentransport.

Der Begriff des Rettungsdienstes im Sinne des Gesetzes und dieser Dienstanweisung bezieht sich daher auf beide Aufgaben, nicht nur auf Notfalleinsätze.

§ 2 Einsätze bei Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen

Für Einsätze bei Katastrophen und besonders schweren Unglücksfällen gelten, soweit nicht besondere Vorschriften bestehen oder die Katastropheneinsatzleitung abweichende Weisungen erteilt, die Richtlinien gemäß Anlage 6. Im übrigen gilt diese Dienstanweisung auch für solche Einsätze.

II. Personal

§ 3 Allgemeines

- (1) Zum Personal des Rettungsdienstes zählen alle hauptberuflichen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter und Zivildienstleistenden, die in Rettungsleitstellen, in Rettungswachen (einschließlich der Bergrettungswachen, Wasserrettungsstationen und Rettungshubschrauberstationen) und auf den im Rettungsdienst eingesetzten Rettungsmitteln tätig sind.
- (2) Die Einstellung von hauptberuflichen Mitarbeitern ist von der Vorlage eines höchstens drei Monate alten Führungszeugnisses abhängig zu machen.
- (3) Für die haupt- und nebenberuflichen Mitarbeiter gehört die Einhaltung dieser Dienstanweisung zu ihren arbeitsvertraglichen oder dienstrechtlichen Verpflichtungen. Ehrenamtliche Mitarbeiter und Zivildienstleistende haben sich schriftlich zur Beachtung der Dienstanweisung zu verpflichten. Dem Rettungsdienstpersonal ist ein Exemplar der Dienstanweisung auszuhändigen. Die Aushändigung ist aktenkundig zu machen.

§ 4 Personal von Rettungsleitstellen

- (1) Rettungsleitstellen sollen nur mit Personen besetzt werden, die
 1. über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten in der Versorgung und Betreuung von Notfallpatienten verfügen,
 2. mit der Rettungsdienstorganisation und den örtlichen Gegebenheiten in ihrem Rettungsdienstbereich vertraut sind,
 3. praktische Einsatzerfahrung besitzen und
 4. körperlich und geistig den Anforderungen einer Rettungsleitstelle gewachsen sind.

(2) Das Rettungsleitstellenpersonal ist regelmäßig zu schulen. Es ist mindestens alle fünf Jahre nach den „berufsgenossenschaftlichen Grundsätzen für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen für Überwachungstätigkeiten“ zu untersuchen.

§ 5 Besatzung von Krankenkraftwagen

(1) Jeder Krankenkraftwagen ist im Einsatz mit zwei Personen, darunter einem Rettungssanitäter, zu besetzen. Die Voraussetzungen für die Eignung des Rettungssanitäters bestimmen sich nach § 1 der Verordnung über die Tätigkeit als Rettungssanitäter - RSanV - in der jeweils geltenden Fassung. § 5 Abs. 3 RSanV bleibt unberührt. Anstelle eines Rettungssanitäters kann auch ein in der Notfallversorgung erfahrener, gesundheitlich geeigneter Arzt eingesetzt werden.

(2) Fahrer von Krankenkraftwagen müssen charakterlich, fachlich und gesundheitlich geeignet sein und eine ausreichende Fahrpraxis besitzen.

§ 6 Gesundheitsbestimmungen für die Besatzung von Krankenkraftwagen

(1) Die Besatzung von Krankenkraftwagen ist jährlich einmal ärztlich zu untersuchen. Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Besatzung von Krankenkraftwagen ist bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit über die in Frage kommenden Maßnahmen zur Immunisierung gegen Hepatitis B zu unterrichten. Die Immunisierung gegen Hepatitis B ist kostenlos zu ermöglichen. Art. 3 Abs. 3 Satz 1 BayRDG ist zu beachten.

(3) Personen, die an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes erkrankt oder dessen verdächtig sind oder die im Sinne dieses Gesetzes Ausscheider oder ausscheidungsverdächtig sind, dürfen auf Krankenkraftwagen nicht eingesetzt werden, bis nach dem Urteil des behandelnden Arztes oder des Gesundheitsamtes eine Weiterverbreitung der Krankheit nicht mehr zu befürchten ist. Entsprechendes gilt für Personen, in deren Wohngemeinschaft eine solche übertragbare Krankheit aufgetreten ist.

(4) Die Besatzung von Krankenkraftwagen, die ansteckungs- oder ausscheidungsverdächtig im Sinn des Bundes-Seuchengesetzes ist, ist unverzüglich ärztlich zu untersuchen.

§ 7 Besondere Bestimmungen für Fahrer von Krankenkraftwagen

(1) Der Fahrer eines Krankenkraftwagens hat die Verkehrs- und Betriebssicherheit des ihm überlassenen Fahrzeugs laufend zu überprüfen. Stellt er Mängel in der Verkehrs- oder Betriebssicherheit fest, darf das Fahrzeug erst nach der Beseitigung der Mängel wieder für Einsätze verwendet werden.

(2) Die Pflege und Reinigung des Fahrzeuges (vgl. § 32) obliegt grundsätzlich dem Fahrer.

(3) Vor Beendigung seines Dienstes hat der Fahrer den Krankenkraftwagen grundsätzlich voll aufzutanken.

(4) Die Fahrer sind über ihre besonderen Pflichten, insbesondere über die für sie geltenden Verkehrsvorschriften (Sonderrechte, Wegerechte, Sonderwarneinrichtungen, Fahrtschreiber usw.) sowie über die Haftpflicht bei grober Fahrlässigkeit halbjährlich zu unterrichten. Sie haben diese Unterrichtung schriftlich zu bestätigen.

§ 8 Alkohol- und Rauchverbot

Während des Dienstes und in angemessener Zeit davor ist Alkoholgenuss verboten.
Im Krankenkraftwagen ist das Rauchen verboten.

§ 9 Verschwiegenheit

Personenbezogene Daten der Patienten dürfen Dritten nicht unbefugt offenbart werden. Die Grundsätze in Anlage 7 sind zu beachten.

III. Einrichtungen des Rettungsdienstes

1. Die Rettungsleitstelle

§ 10 Leitungsaufgaben

(1) Die Rettungsleitstelle ist Einsatzzentrale für alle Einsätze des Rettungsdienstes in ihrem Rettungsdienstbereich (vgl. § 21). Zur Durchführung ihrer Aufgaben besitzt sie Weisungsbefugnis gegenüber dem übrigen Rettungsdienstpersonal. Davon unberührt bleibt in medizinischen Fragen das Weisungsrecht des Notarztes oder des am Einsatz beteiligten Arztes (vgl. § 12 Abs. 4). Hierzu zählt auch die Festlegung des Transportzieles.

(2) Erhält eine Rettungsleitstelle Kenntnis von einem Notfall außerhalb ihres Rettungsdienstbereiches, so hat sie die Rettungsleitstelle des betroffenen benachbarten Rettungsdienstbereiches sofort zu unterrichten.

(3) Die Rettungsleitstelle sorgt dafür, dass alle Rettungswachen und einsatzbereiten Rettungsmittel ständig telefonisch oder über Funk erreichbar sind. Sie führt eine Übersicht über den jeweiligen Stand- oder Einsatzort der einzelnen Rettungsmittel.

(4) Würde die Durchführung von Krankentransporten (§ 1 Satz 1 Nr. 2) den Notfalleinsatz (§ 1 Satz 1 Nr. 1) im Gebiet einer oder mehrerer Rettungswachen unvertretbar einschränken, soll die Rettungsleitstelle den Transportauftrag der nächsten einsatzbereiten Rettungswache erteilen. Dies gilt insbesondere für Einsätze, die einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen.

(5) Ist eine Rettungswache ganz oder teilweise nicht einsatzfähig oder ist sie zeitweilig überlastet, so hat die Rettungsleitstelle dafür zu sorgen, dass die Aufgaben dieser Rettungswache von anderen Rettungswachen mitübernommen werden. Die Einsatzbereitschaft für Notfälle ist vorrangig aufrechtzuerhalten. Die Rettungsleitstelle soll bei längerem Ausfall oder längerer Überlastung der Rettungswache ihre Maßnahmen mit den für den Rettungsdienst verantwortlichen Vertretern der betroffenen Organisationen abstimmen.

(2) Über alle Rettungsdiensteinsätze sind handschriftliche Einsatzbelege zu fertigen und Funklisten zu führen. Die Belege sind fünf Jahre, die Funklisten ein Jahr aufzubewahren.

§ 11 Besondere Aufgaben

(1) Die Rettungsleitstelle führt

- einen Krankenbettennachweis für ihren Rettungsdienstbereich,
- eine Übersicht über die diensthabenden Apotheken ihres Rettungsdienstbereichs,
- eine Übersicht über Vergiftungs-, Verbrennungs- und Blutspendezentralen und über Druckkammern.

(2) Die Rettungsleitstelle München führt einen zentralen Bettennachweis für Schwerbrandverletzte (KBZ-Schwerverbrannte). Auf Anforderung teilt sie die dem Schadensort am nächsten gelegene Einrichtung mit freien Kapazitäten unter Benennung eines ärztlichen Ansprechpartners mit.

§ 12 Zusammenarbeit mit dem Kassenärztlichen Notfalldienst

(1) Die Zusammenarbeit zwischen der Rettungsleitstelle und dem Kassenärztlichen Notfalldienst bestimmt sich nach der zwischen dem Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns abgeschlossenen Vereinbarung vom 16. Juni 1976 in der jeweils geltenden Fassung. Soweit nach dieser Vereinbarung die Vermittlung von Einsätzen des Kassenärztlichen Notfalldienstes nicht der Rettungsleitstelle obliegt, hat diese etwaige Anforderungen unverzüglich an den Kassenärztlichen Notfalldienst weiterzuleiten.

(2) Die Rettungsleitstelle hat dafür zu sorgen, dass sie die Notrufzentralen des Kassenärztlichen Notfalldienstes zu deren Dienstzeiten jederzeit erreichen kann.

(3) Die Vermittlungstätigkeit darf die Leitungsaufgaben der Rettungsleitstelle (§ 10) nicht beeinträchtigen.

(4) Ist für einen Notfalleinsatz ein Notarzt nicht verfügbar, obwohl ärztliche Hilfe erforderlich scheint, um den Patienten transportfähig zu machen, so ist der kassenärztliche Notfalldienst oder der nächste erreichbare Arzt in Anspruch zu nehmen.

§ 12a Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten

(1) Sämtliche in der Rettungsleitstelle ein- und ausgehenden Telefon- und Funkgespräche sind auf Tonträger aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen sind mindestens sechs Wochen aufzubewahren. Bei Einsätzen mit besonderen Vorkommnissen (Großeinsätze, Einsätze, die zu öffentlichem Aufsehen geführt haben) beträgt der Aufbewahrungszeitraum mindestens sechs Monate.

(2) Über alle Rettungsdiensteinsätze sind handschriftliche Einsatzbelege zu fertigen und Funklisten zu führen. Die Belege sind fünf Jahre, die Funklisten ein Jahr aufzubewahren.

§ 13 Anzeigepflicht

(1) Die Rettungsleitstelle leitet die von den Rettungswachen nach § 15 Abs. 2 abgegebenen Meldungen unverzüglich an den für den Rettungsdienst verantwortlichen Vertreter der betroffenen Organisation weiter.

(2) Die Rettungsleitstelle hat dem Rettungszweckverband unverzüglich anzuzeigen

- Betriebsstörungen, die den Einsatz einer oder mehrerer Rettungswachen für voraussichtlich mehr als 24 Stunden ausschließen;
- Einsätze mit besonderen Vorkommnissen (§ 12a Abs. 1 Satz 3).

2. Die Rettungswachen

§ 14 Verhältnis zur Rettungsleitstelle

Die Rettungswachen und die ihnen zugeordneten Rettungsmittel (§ 3 Abs. 1) sind organisatorisch der Rettungsleitstelle unterstellt (§ 10 Abs. 1).

§ 15 Meldepflichten

(1) Stellplätze (§ 1 Abs. 2 Satz 22. AVBayRDG) melden der Rettungsleitstelle Beginn und Ende ihrer Dienstbereitschaft.

(2) Die Rettungswachen haben die Rettungsleitstellen unverzüglich auf alle Umstände aufmerksam zu machen, die für die Durchführung des Einsatzes von Bedeutung sein können. Insbesondere haben sie dabei den Ausfall von Personal und Rettungsmitteln zu melden.

ZWEITER ABSCHNITT: Einsatz

I. Bestimmungen für alle Einsätze

1. Grundsätze für den Einsatz

§ 16 Art des Einsatzes

(1) Die Rettungsleitstelle hat zunächst festzustellen, ob die Anforderung einem Einsatz des

1. Kassenärztlichen Notfalldienstes oder

2. des Rettungsdienstes gilt.

(2) Im Fall von Absatz 1 Nr. 1 (Kassenärztlicher Notfalldienst) ist nach der in § 12 getroffenen Regelung zu verfahren.

(3) Im Fall von Absatz 1 Nr. 2 (Rettungsdiensteinsatz) ist festzustellen, ob es sich um einen Notfalleinsatz (§ 1 Nr. 1) oder einen Krankentransport (§ 1 Nr. 2) handelt.

(4) Bei Notfalleinsätzen ist anhand des in Anlage 1 enthaltenen Katalogs der Notfälle über den Einsatz eines Notarztes zu entscheiden. Die Heranziehung des Kassenärztlichen Notfalldienstes oder des nächsten erreichbaren Arztes zu Notfalleinsätzen bestimmt sich nach § 12 Abs. 4.

(5) Notfalleinsätze haben gegenüber anderen Einsätzen Vorrang und sind so schnell wie möglich durchzuführen.

§ 17 Notwendigkeit des Einsatzes

(1) Notfalleinsätze müssen durchgeführt werden, wenn mit einem Notfall zu rechnen ist. Krankentransporte müssen auf Anforderung der zuständigen Stellen (z.B. der Krankenhäuser oder eines Arztes) durchgeführt werden. Liegt eine Anforderung dieser Stellen nicht vor, müssen sie durchgeführt werden, wenn ihre Notwendigkeit anzunehmen ist.

(2) Der Einsatz darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil ein rechtswirksamer Vertrag nicht vorliegt oder die Entrichtung des Entgelts nicht gesichert ist.

(3) Verweigert ein Patient den Transport, so hat er zu unterbleiben, auch wenn eine ärztliche Anordnung vorliegt. Der einweisende Arzt ist unverzüglich zu benachrichtigen. Der Transport ist jedoch durchzuführen, wenn die Weigerung im Zustand einer vorübergehenden Störung der Geistestätigkeit erfolgt. Das gilt auch, wenn der Patient wegen Bewusstlosigkeit nicht in der Lage ist, eine Erklärung abzugeben. Weigerungen von Angehörigen sind grundsätzlich nicht zu beachten, sofern nicht anzunehmen ist, dass auch der Patient den Transport verweigern würde (z.B. bei Mitgliedern gewisser Sekten).

§ 18 (gestrichen)

§ 19 Einzusetzende Rettungsmittel

(1) Es ist grundsätzlich das dem Einsatzort nächste geeignete Fahrzeug einzusetzen.

(2) Zu Notfalleinsätzen werden Notarztwagen, Notarzt-Einsatzfahrzeuge, Rettungswagen, Rettungshubschrauber sowie im Bedarfsfall Sonderfahrzeuge und Sondergeräte des Berg- und Wasserrettungsdienstes eingesetzt. Krankentransportwagen dürfen grundsätzlich nur verwendet werden, wenn nicht mit einem Notfall zu rechnen ist.

§ 20 Beförderungsziel

- (1) Notfallpatienten sind grundsätzlich in das nächste für die weitere Versorgung geeignete und aufnahmebereite Krankenhaus zu befördern. Das ärztliche Weisungsrecht gemäß § 10 Absatz 1 Satz 2 und 3 bleibt unberührt.
- (2) Die Rettungsleitstelle hat sich um die Aufnahme des Patienten in das Krankenhaus zu bemühen.
- (3) Das Ziel von Krankentransporten bestimmt im allgemeinen
 - der behandelnde Arzt oder
 - der Patient oder
 - ein Angehöriger des Patienten oder
 - eine weisungsberechtigte Stelle (z.B. ein Gericht).
 - Vorschriften über die ärztliche Transportanweisung bei Kassenpatienten sind zu beachten.
- (4) Liegt keine Entscheidung über das Transportziel vor und ist eine Krankenhausbehandlung notwendig, so ist der Patient in das nächstgelegene für die weitere Versorgung geeignete und aufnahmebereite Krankenhaus zu befördern. Gleiches gilt, wenn der Transport in einen entfernten Ort nach den betrieblichen Verhältnissen nicht durchführbar ist.

2. Leitung und Übernahme des Einsatzes

§ 21 Einsatzleitung

- (1) Die Rettungsleitstelle lenkt, koordiniert und überwacht alle Notfalleinsätze und alle Einsätze des Krankentransports in ihrem Rettungsdienstbereich. Sie hat, soweit erforderlich, durch entsprechende Verständigung mit dem Fahrer des eingesetzten Rettungsmittels sicherzustellen, dass dieses auf dem schnellsten Weg zum Einsatzort gelangt.
- (2) Die Rettungsleitstelle verständigt bei Notfalleinsätzen das für die Aufnahme des Patienten vorgesehene Krankenhaus und gibt nach Möglichkeit die voraussichtliche Ankunftszeit und die vermutliche Art der Verletzung oder Erkrankung an.

§ 22 Übernahme von Einsätzen durch die Rettungswachen

- (1) Die Rettungswachen nehmen die Einsatzaufträge in der Regel von der Rettungsleitstelle entgegen.
- (2) Erfährt eine Rettungswache unmittelbar von einem Notfall an einem Ort, zu dem sie die nächstgelegene Rettungswache ist, so hat sie den Einsatz sofort zu übernehmen und die Rettungsleitstelle unverzüglich zu unterrichten. Entsprechendes gilt für Krankenkraftwagen, die sich auf der Rückkehr vom Einsatz befinden. Kann der Einsatz nicht sofort übernommen werden, ist die Rettungsleitstelle unverzüglich zu unterrichten.
- (3) Erfährt eine Rettungswache unmittelbar von sonstigen Notfällen, so hat sie ihre Rettungsleitstelle zu unterrichten.
- (4) Wird eine Rettungswache unmittelbar mit einem Krankentransport beauftragt, so unterrichtet sie vor Übernahme des Auftrages die Rettungsleitstelle und wartet deren Weisungen ab.

3. Durchführung des Einsatzes

§ 23 Schutzkleidung

Die Besatzung von Krankenkraftwagen hat im Einsatz Schutzkleidung zu tragen.

§ 24 Schutz vor übertragbaren Krankheiten

- (1) Zum Schutz vor übertragbaren Krankheiten im Sinn von § 1 des Bundesseuchengesetzes, insbesondere vor HIV-Infektion, sind die in Anlage 3 enthaltenen hygienischen Maßnahmen zu beachten.
- (2) Daneben gelten die Vorschriften über den Transport von Infektionskranken (§ 35).

§ 24a Erste Maßnahmen bei Notfalleinsätzen

- (1) Nach dem Eintreffen am Notfallort hat sich die Besatzung des Krankenkraftwagens unverzüglich einen Überblick über die Notfallsituation, insbesondere über die Anzahl der Notfallpatienten zu verschaffen, der Rettungsleitstelle darüber zu berichten und mit den Hilfsmaßnahmen zu beginnen.
- (2) Bei der Meldung an die Rettungsleitstelle ist der genaue Einsatzort anzugeben und unter Berücksichtigung des Notfallkatalogs (Anl. 1) darauf hinzuweisen, ob weitere Rettungsmittel, insbesondere ein Notarztwagen oder ein Rettungshubschrauber, oder sonstige technische oder personelle Hilfe (z.B. Feuerwehr, THW) erforderlich sind.
- (3) Geht eine Meldung der Besatzung des Krankenkraftwagens innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht ein, hat die Rettungsleitstelle unverzüglich einen Bericht anzufordern.

§ 24b Führung und Sicherung der Krankenkraftwagen

- (1) Bei allen Fahrten sind die Grundsätze der Verkehrssicherheit zu beachten. Die Sicherheit der Insassen des Krankenkraftwagens und der anderen Verkehrsteilnehmer haben Vorrang vor der Schnelligkeit des Einsatzes. Dies gilt auch bei Einsätzen, bei denen höchste Eile geboten ist, um Menschenleben zu retten oder schwere gesundheitliche Schäden abzuwenden (§ 33, § 34).
- (2) Nach dem Eintreffen am Notfallort ist der Krankenkraftwagen gesichert abzustellen. Bei Straßenverkehrsunfällen ist vor Eintreffen der Polizei der Unfall-Ort abzusichern; die Besatzung des Krankenkraftwagens soll sich dabei nach Möglichkeit der Hilfe Dritter bedienen.

§ 25 Aufgaben des Rettungssanitäters

- (1) Der Rettungssanitäter (§ 5 Abs. 1) hat das Leben von Notfallpatienten, soweit an Ort und Stelle möglich, zu erhalten und sie transportfähig zu machen. Anderen Kranken, Verletzten oder Hilfsbedürftigen hat er, wenn notwendig, Erste Hilfe zu leisten. Die übrigen Mitglieder der Besatzung haben ihn dabei zu unterstützen. Während des Transports ist der Rettungssanitäter für die sachgerechte Betreuung der Patienten verantwortlich.
- (2) Der Rettungssanitäter hat folgende Befugnisse:
 1. Er hat alle pflegerischen Maßnahmen zu ergreifen, die er aufgrund seiner Ausbildung beherrscht.
 2. Notwendige diagnostische und therapeutische Maßnahmen (z.B. Intubation, Infusion) dürfen unbeschadet der Nummer 3 nur aufgrund der Entscheidung eines Arztes im Einzelfall und unter seiner Anleitung und Aufsicht durchgeführt werden. Allgemeine Ermächtigungen durch einen nicht am Notfallort anwesenden Arzt sind nicht ausreichend.
 3. Steht im Notfall kein Arzt zur Verfügung, der in der gebotenen Zeit die zur Rettung erforderlichen Maßnahmen anordnen oder durchführen kann, ist der Rettungssanitäter nach den Grundsätzen des § 323c Strafgesetzbuch berechtigt und verpflichtet, die zur Rettung notwendigen Maßnahmen selbständig und in eigener Verantwortung zu ergreifen. Er hat dabei alle ihm zur Verfügung stehenden Kenntnisse und Fähigkeiten einzusetzen. Haben verschiedene Maßnahmen dieselbe Aussicht auf Erfolg, ist die am wenigsten eingreifende Maßnahme zu wählen.

§ 26 Versorgung und Transport des Patienten

- (1) Der Transport ist mit größter Schonung des Patienten durchzuführen. Er darf grundsätzlich erst begonnen werden, wenn die Transportfähigkeit hergestellt ist.
- (2) Liegend zu befördernde Patienten sind auf der Trage anzugurten.
- (3) Medikamente, Nahrungsmittel und Getränke sollen über den Rahmen der Ersten Hilfe hinaus nur verabreicht werden, wenn es der Arzt ausdrücklich angeordnet hat. § 25 Abs. 2 bleibt unberührt.
- (4) Gespräche über den Zustand des Patienten sind in seiner Gegenwart oder in Gegenwart Dritter zu unterlassen (vgl. auch § 9).
- (5) Amputate sind zu suchen und zu sichern, wenn dies nach den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen zumutbar ist. Hierzu können auch Dritte oder die Polizei eingeschaltet werden.

§ 26a Mitnahme einer Begleitperson

Die Mitnahme einer Begleitperson im Krankenkraftwagen ist zulässig, wenn es dem Wohl des Patienten entspricht. Sie ist zweckmäßig beim Transport von Kindern unter 14 Jahren und von Personen, die wegen ihres Zustands über sich keine Auskunft geben können. Die Mitnahme weiterer Personen ist verboten.

§ 27 Eigentum des Patienten

- (1) Eigentum des Patienten darf nur dann in Verwahrung genommen werden, wenn dieser oder seine Angehörigen hierzu nicht in der Lage sind und wenn dies nicht durch die Polizei geschieht.
- (2) Die Besatzung übernimmt und übergibt möglichst unter Zeugen das Eigentum gegen Empfangsbescheinigung den hierzu befugten Personen (z.B. Aufnahmeschwester, Vertreter der Krankenhausverwaltung). Im Fahrzeug liegengebliebene Gegenstände sind so bald wie möglich bei der Rettungswache abzugeben. Kann der Eigentümer nicht innerhalb von drei Tagen festgestellt werden, sind die Gegenstände unverzüglich dem Fundbüro zu übergeben.

§ 28 Unfälle mit Krankenkraftwagen

Für das Verhalten bei Unfällen mit Krankenkraftwagen gilt Anlage 2.

4. Beendigung des Einsatzes

§ 29 Übergabe des Patienten an das Krankenhaus

- (1) Nach Ankunft im Krankenhaus ist der Patient unverzüglich der Aufnahme zu übergeben. Hierbei sind alle den Patienten betreffenden Wahrnehmungen zu melden, vor allem lebensgefährdende Umstände.
- (2) Weigert sich ein Krankenhaus, einen Notfallpatienten aufzunehmen, ist die Entscheidung des diensthabenden Arztes einzuholen.
- (3) Wird die Aufnahme des Patienten im vorgesehenen Krankenhaus abgelehnt, ist der Patient nach Rücksprache mit der Rettungsleitstelle in das nächstgelegene geeignete und aufnahmebereite Krankenhaus zu transportieren.

§ 30 Rückmeldung

Bei Antritt der Rückfahrt nach einem Einsatz und nach der Rückkehr zur Rettungswache ist die Rettungsleitstelle zu unterrichten. Das gleiche gilt, wenn das Fahrzeug vorübergehend am Zielort bleibt.

§ 31 Dokumentation - Transportbeleg

Jeder Einsatz ist nach seiner Beendigung zu dokumentieren (Transportbeleg vgl. § 53).

§ 32 Materialersatz und Reinigung

(1) Nach dem Einsatz sind die Wäsche und das Verbrauchsmaterial zu ersetzen; die verwendeten Geräte sind zu reinigen. Die medizinisch-technische Ausstattung ist regelmäßig auf Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit hin zu überprüfen.

(2) Der Krankenraum des Krankenkraftwagens ist, wenn das notwendig ist, nach dem Einsatz zu säubern. Im übrigen ist er, falls der Krankenkraftwagen eingesetzt wurde, mindestens täglich, sonst einmal in der Woche zu reinigen.

(3) Die weitergehenden Vorschriften in § 24 und § 35 bleiben unberührt.

II. Einsätze in besonderen Fällen

1. Sonderrechte und Benutzung von Sondereinrichtungen

§ 33 Sonderrechte

(1) Wenn zur Rettung von Menschenleben oder zur Abwendung schwerer gesundheitlicher Schäden höchste Eile geboten ist, sind Fahrzeuge des Rettungsdienstes von den Vorschriften der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) befreit (Sonderrechte). Die Inanspruchnahme der straßenverkehrsrechtlichen Sonderrechte ist für Fahrzeuge des Rettungsdienstes unter den Voraussetzungen des Satzes 1 auch ohne die Verwendung von blauem Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn zulässig. § 34 Abs. 1 bleibt unberührt.

(2) Für die Frage, ob höchste Eile zur Rettung von Menschenleben oder zur Abwehr schwerer gesundheitlicher Schäden geboten ist, ist auf das Meldebild bei der Anforderung des Rettungsdienstes abzustellen.

(3) Die Sonderrechte dürfen nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ausgeübt werden (§ 35 Abs. 8 StVO). Bei der Durchführung der Fahrt ist stets der Grundsatz, dass Sicherheit vor Schnelligkeit geht, zu beachten.

§ 34 Benutzung von Sonderwarneinrichtungen

(1) Unter den Voraussetzungen des § 33 Absatz 1 Satz 1 kann das Wegerecht, das anordnet, dass alle übrigen Verkehrsteilnehmer freie Bahn zu schaffen haben, nur bei Verwendung von blauem Blinklicht zusammen mit dem Einsatzhorn in Anspruch genommen werden. Es ist nicht zulässig, bei einer solchen Einsatzfahrt entweder blaues Blinklicht oder das Einsatzhorn für sich allein zu verwenden.

(2) Blaues Blinklicht allein darf nur zur Warnung an Unfall- oder sonstigen Einsatzstellen verwendet werden (§ 38 Abs. 2 StVO).

2. Transport besonderer Gruppen von Kranken

§ 35 Transport Infektionskranker

Werden Personen befördert, die nach Feststellung eines Arztes an einer Krankheit im Sinn des § 1 des Bundes-Seuchengesetzes erkrankt oder dessen verdächtig sind oder die Erreger einer solchen Krankheit ausscheiden, ist der Krankenkraftwagen einschließlich der Trage zu reinigen und mit den vom Bundesgesundheitsamt jeweils geprüften und anerkannten Desinfektionsmitteln und -verfahren zu entseuchen; ggf. ist eine Entwesung durchzuführen. Das gleiche gilt auch für Geräte, sofern sie kontaminiert sein können, und für die Schutzkleidung. Im übrigen gelten die allgemeinen Schutzmaßnahmen nach § 24.

§ 35a Einsatz des Rettungsdienstes an strahlengefährdeten Einsatzstellen und Transport radioaktiv kontaminierter Personen

Beim Einsatz an strahlengefährdeten Einsatzstellen und beim Transport radioaktiv kontaminierter Personen ist die in Anlage 4 enthaltene Richtlinie zu beachten.

§ 36 Transport psychisch kranker oder gestörter Personen

Beim Transport psychisch kranker oder infolge Geistesschwäche oder Sucht psychisch gestörter Personen ist die Anlage 5 zu beachten.

3. Sterbefälle und Leichenbeförderung

§ 37 Sterbefälle

- (1) Stirbt ein Patient während des Transports, so ist der Tod durch einen Arzt feststellen zu lassen.
- (2) Sterbefälle sind nach § 49 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandgesetzes dem Standesbeamten zu melden, in dessen Bezirk der Verstorbene aus dem Fahrzeug herausgenommen wurde.

§ 38 Leichenbeförderung

- (1) Die Beförderung von Leichen mit Krankenkraftwagen ist nicht zulässig (§ 8 Abs. 1 Satz 1 der Zweiten Bestattungsverordnung). Davon unberührt bleibt die Befugnis, Verstorbene zum Zwecke der Organentnahme unter Aufrechterhaltung der Kreislauffunktion mit einem Krankenkraftwagen zu befördern.
- (2) Ein Patient, der im Krankenkraftwagen stirbt, darf zur Feststellung des Todes (37 Abs. 1) zum nächsten Arzt oder Krankenhaus befördert werden. Gleiches gilt, wenn der Rettungssanitäter am Notfallort die vitalen Funktionen des Patienten nicht wahrnehmen kann und ein Arzt in angemessener Zeit nicht zur Verfügung steht.

DRITTER ABSCHNITT: Besondere Bestimmungen für den Luft-, Berg- und Wasserrettungsdienst

§ 39 Entsprechende Anwendung der allgemeinen Bestimmungen

Soweit die nachstehenden Vorschriften keine abweichenden Regelungen enthalten, gelten die ersten beiden Abschnitte einschließlich der Bestimmungen über Krankenkraftwagen sinngemäß auch für den Luft-, Berg- und Wasserrettungsdienst.

I. Luftrettungsdienst

§ 40 Begriff des Luftrettungsdienstes

Unter Luftrettungsdienst ist der Einsatz von Hubschraubern zur medizinischen Versorgung und zum Transport von Notfallpatienten zu verstehen. Dabei kann sowohl die medizinische Versorgung als auch der Transport des Notfallpatienten alleiniger Gegenstand des Einsatzes sein.

§ 41 Einrichtungen des Luftrettungsdienstes

(1) Der Luftrettungsdienst wird von den gemäß Art. 12 Abs. 1 BayRDG bestimmten Rettungshubschrauber-Stationen durchgeführt. Sie sind Einrichtungen des Rettungsdienstes.

(2) Der Einsatz von Hubschraubern der Bundeswehr im Rahmen des zivilen Rettungswesens bestimmt sich nach dem Erlass des Bundesministers der Verteidigung vom 17. Dezember 1977 (<VMBl. 1978, S. 77) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 42 Einsatzarten

Die Rettungshubschrauber haben folgende Aufgaben:

1. Schnelle Heranführung von Notarzt und Rettungssanitätern an den Notfallort zur Durchführung lebensrettender Maßnahmen und Herstellung der Transportfähigkeit von Notfallpatienten.
2. Transport von Notfallpatienten in das nächste geeignete und aufnahmebereite Krankenhaus unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit und Vermeidung weiterer Schäden.
3. Transport bereits medizinisch versorgter Notfallpatienten von einem Krankenhaus in ein für die Weiterbehandlung geeignetes Krankenhaus.
4. Transport von Arzneimitteln, Blutkonserven, Transplantaten und Amputaten sowie von medizinischem Gerät.

§ 43 Voraussetzungen für den Einsatz von Rettungshubschraubern

(1) Über den Einsatz eines Hubschraubers entscheidet die Rettungsleitstelle, in deren Bereich sich die Rettungshubschrauber-Station befindet. Das Entscheidungsrecht des Piloten als Luftfahrzeugführer (§ 3 Abs. 1 LuftVO) bleibt unberührt. Geht die Anforderung bei einer anderen Rettungsleitstelle ein und kommt nach ihrer Auffassung der Einsatz eines Rettungshubschraubers in Betracht, so leitet diese die Anforderung unverzüglich an die nach Satz 1 zuständige Rettungsleitstelle weiter. Diese hat der Anforderung grundsätzlich zu entsprechen. Mit dem Rettungshubschrauber ist gleichzeitig ein Rettungswagen, bei mehreren Notfallpatienten ein Notarztwagen einzusetzen.

(2) Ein bereits angeforderter Rettungshubschrauber kann nur von einem am Einsatzort anwesenden Notarzt abbestellt werden. Die Rettungsleitstelle hat der Abbestellung nicht zu entsprechen, wenn der Rettungshubschrauber nur wenige Flugminuten vom Einsatzort entfernt ist.

(3) Die Rettungsleitstelle entscheidet über den Einsatz eines Rettungshubschraubers nach Maßgabe des Meldebildes und unter Beachtung der in dieser Dienstanweisung festgelegten Einsatzgrundsätze.

(4) Bei Primäreinsätzen (§ 42 Nrn. 1 und 2) hat die Rettungsleitstelle die besondere Verkehrs- und Straßensituation sowie die Lage des Notfallortes zu berücksichtigen. Grundsätzlich ist der Rettungshubschrauber stets dann einzusetzen, wenn unter Berücksichtigung der Gegebenheiten des Einzelfalles eine ärztliche Versorgung des Notfallpatienten nicht ebenso schnell und qualifiziert auf andere Weise erreicht werden kann. Sind mehrere Notfallpatienten zu versorgen, ist neben dem Notarztwagen grundsätzlich auch der Einsatz des Rettungshubschraubers geboten.

(5) Der Rettungshubschrauber ist durch das am Notfallort anwesende Rettungsdienstpersonal nachzufordern, wenn der Notfallpatient aufgrund seiner Verletzungen oder Erkrankungen unverzüglich in eine Spezialklinik transportiert werden muss und die Beförderung mit dem Krankenkraftwagen medizinisch nicht vertretbar ist.

(6) Sekundärtransporte (§ 42 Nr. 3) werden nur auf ärztliche Anweisung durchgeführt, wenn der Transport mit einem Krankenkraftwagen aus medizinischen Gründen Bedenken begegnet. Sind die Hubschrauber des Luftrettungsdienstes (§ 41 Abs. 1) nicht oder nicht rechtzeitig in der Lage, einen nach Satz 1 gebotenen Sekundärtransport durchzuführen, kann die Rettungsleitstelle

1. bei der SAR-Leitstelle einen Hubschrauber der Bundeswehr anfordern, wenn der Sekundärtransport zeitlich dringend ist;
2. auf Anforderung einen sonst geeigneten Hubschrauber einsetzen, wenn auch ein SAR-Hubschrauber nicht zur Verfügung steht.

(7) Einsätze nach § 42 Nr. 4 sind nur in besonders dringenden Fällen zu übernehmen.

§ 44 Durchführung des Einsatzes

(1) Bei Primäreinsätzen (§ 42 Nrn. 1 und 2) hat der Rettungshubschrauber unverzüglich nach Eingang der Notfallmeldung zu starten. Die Besatzung des Rettungshubschraubers nimmt beim Anflug Funkkontakt mit den am Notfallort anwesenden Einsatzkräften der Polizei, des Rettungsdienstes, der Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerkes auf. Die Entscheidung, ob der Notfallpatient mit dem Rettungshubschrauber oder einem gleichzeitig eingesetzten Rettungs- oder Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht werden soll, trifft der am Notfallort zuerst anwesende Notarzt. Die Rettungsleitstelle ist davon unverzüglich zu unterrichten. Der Patient ist grundsätzlich in das nächste geeignete und aufnahmebereite Krankenhaus zu befördern, sofern dort eine Landemöglichkeit besteht. Nach Übernahme des Patienten in den Hubschrauber wird der Rettungsleitstelle über Funk die Diagnose und die voraussichtliche Landezeit am Zielkrankenhaus mitgeteilt. Die Rettungsleitstelle gibt diese Daten an das Krankenhaus weiter, damit dort die für die Aufnahme und Behandlung des Patienten notwendigen Vorkehrungen getroffen werden können. Sie bestätigt der Besatzung des Hubschraubers die Aufnahmebereitschaft des Krankenhauses.

(2) Für Sekundärtransporte (§ 42 Nr. 3) darf die Rettungsleitstelle den Rettungshubschrauber erst dann einsetzen, wenn eine Absprache zwischen den abgebenden und dem aufnehmenden Krankenhaus erfolgt ist. Der Patient darf nur transportiert werden, wenn die vitalen Funktionen von Herz, Kreislauf und Atmung soweit hergestellt sind, dass sie während des Transportes aufrechterhalten werden können.

§ 45 Besatzung des Rettungshubschraubers

(1) Der Rettungshubschrauber ist bei jedem Einsatz mit einem Piloten, einem Notarzt und einem hauptamtlichen Rettungssanitäter zu besetzen. Bei Bergrettungseinsätzen kann, wenn die Ortskenntnisse des Piloten und des Rettungssanitäters nicht ausreichen, anstelle des letzteren ein als Sanitäter ausgebildeter Bergwachtangehöriger mitgenommen werden.

(2) Die Aufgaben des Piloten ergeben sich aus seiner Stellung als Luftfahrzeugführer und aus den für ihn von den zuständigen Stellen erlassenen Dienstanweisungen.

(3) Der Notarzt ist in medizinischen Fragen weisungsbefugt.

(4) Der in der Luftrettung eingesetzte Rettungssanitäter muss flugtauglich und in die Aufgaben des Luftrettungsdienstes eingewiesen sein. Nach Abstimmung mit dem Piloten wickelt der Rettungssanitäter den Funkverkehr mit der Rettungsleitstelle sowie den am Notfallort anwesenden Einsatzkräften ab. Er überwacht die Funktionsfähigkeit der Funkgeräte und teilt etwaige Störungen unverzüglich dem Piloten mit. Bei Abwesenheit des Hubschraubers von der Rettungshubschrauber-Station teilt der Rettungssanitäter der Rettungsleitstelle mindestens alle 15 Minuten den jeweiligen Standort des Hubschraubers mit. Der Rettungssanitäter sorgt für den Ersatz und die Instandhaltung des medizinischen Materials und der medizinischen Ausrüstung des Hubschraubers und reinigt die Kabine.

§ 46 Einsatz von Hubschraubern zur Bergrettung

(1) Zur Bergrettung können entsprechend der Einsatzart Hubschrauber der Rettungshubschrauber-Stationen (§ 41 Abs. 1), der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes eingesetzt werden.

(2) Sie führen neben den in § 42 Nrn. 1 und 2 genannten Aufgaben auch Such- und Bergungseinsätze durch und sorgen für die rasche Heranführung von Bergwachtangehörigen einschließlich des nötigen Rettungsgeräts.

(3) Die Anforderung ist grundsätzlich bei der Rettungsleitstelle vorzunehmen, in deren Bereich der Notfallort liegt oder die Suche durchzuführen ist. Diese hat die Art des benötigten Hubschraubers und die technische Zurüstung abzuklären. Ausnahmsweise kann die Bergwacht einen Hubschrauber auch unmittelbar bei der SAR-Leitstelle oder beim Grenzschutzkommando Süd anfordern, wenn ein Notfallpatient im sog. Schwebeflug-Verfahren übernommen werden soll, eine Außenwinde benötigt wird oder der Transport von mehreren Bergwachtangehörigen zur Notfallstelle erforderlich ist. In diesen Fällen ist unverzüglich die nach Satz 1 zuständige Rettungsleitstelle zu verständigen.

(4) Für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung des Bergrettungseinsatzes ist der örtliche Einsatzleiter der Bergwacht zuständig.

§ 47 Einsatz von Hubschraubern zur Wasserrettung

(1) Zur Wasserrettung können entsprechend der Einsatzart Rettungshubschrauber eingesetzt werden.

(2) Sie führen neben den Primäreinsätzen und Transporten auch Sucheinsätze durch und sorgen für die rasche Heranführung von Angehörigen des Wasserrettungsdienstes. Die Anforderung ist über die Rettungsleitstelle vorzunehmen, in deren Bereich der Notfallort oder die Suche durchzuführen ist.

(3) Bei Eisrettungseinsätzen kann der Hubschrauber den Retter unmittelbar beim Eingebrochenen absetzen.

(4) Für die organisatorische Vorbereitung und die Durchführung des Wasserrettungseinsatzes ist der örtliche Einsatzleiter der Wasserwacht zuständig.

II. Wasserrettungsdienst

§ 48 Einsatz des Wasserrettungsdienstes

(1) Einsätze an Wasserrettungsstationen und Einsätze der Schnelleinsatzgruppen (SEG -siehe Anhang BRK 004) kommen insbesondere bei folgenden Notlagen in Betracht:

- Ertrinkungsunfälle
- Unfälle mit Wasserfahrzeugen
- Tauchunfälle
- Eisrettung

- eingeschlossene Personen in versunkenen Kraftfahrzeugen
- Luftfahrzeugunfälle mit Wasserberührung
- Hilfe in Notfällen, zu deren Bewältigung Personal, Sonderfahrzeuge und Sondergeräte der Wasserrettung eingesetzt werden.

(2) Organisation und Einsatz, Finanzierung und verwaltungsmäßige Abwicklung des Wasserrettungsdienstes sind für die BRK-Wasserwacht in der „Dienstweisung für den Wasserrettungsdienst“ festgelegt.

(3) Alarmpläne des Wasserrettungsdienstes sind mit der Leitstelle abzustimmen.

(4) Die Verrechnung der Einsätze erfolgt über den Transportbeleg Rettungsdienst Bayern - Wasserrettung. Es sind die jeweils gültigen Benutzungsentgelte zu verrechnen.

§ 49 Einsatz von Motorrettungsbooten

- (1) Zum Führen eines Motorrettungsbootes darf nur eingesetzt werden, wer
- ein Befähigungszeugnis seiner Organisation zum Führen eines Motorrettungsbootes besitzt und
 - im Wasserrettungsdienst ausgebildet ist.
- (2) Die Besatzung der Motorrettungsboote hat außer Schutzkleidung Rettungswesten zu tragen.
- (3) Die Mitnahme Dritter ist entsprechend § 26a zulässig.

III. Bergrettungsdienst

§ 50 Einsatz des Bergrettungsdienstes

(1) Die Bergwacht errichtet im alpinen Bereich, in Absprache mit den Rettungszweckverbänden Bergrettungswachen. Im Einsatzfall verständigt die Rettungsleitstelle die zuständige Bergrettungswache. Diese alarmiert ihre Einsatzkräfte und steuert vor Ort den Bergrettungseinsatz. Alarmpläne sind mit der Leitstelle abzusprechen. Die Bergrettungswache informiert die Leitstelle über den Verlauf der Rettungsaktion.

(2) Die Bergrettungswache ist in ihrem Einsatzgebiet für die Einsatzbereitschaft von Personal, Fahrzeugen und Rettungsgeräten verantwortlich. Bergrettungsfahrzeuge sind beim Verletzten-transport mit mindestens 2 Bergwachtmännern zu besetzen, im Ausnahmefall mit anderen ausgebildeten BRK-Angehörigen. Einsatz von Hubschraubern zur Bergrettung siehe § 46 Abs. 1-4.

(3) Leichen dürfen nur nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen als Außenlast mit Kfz oder Luftfahrzeugen transportiert werden.

(4) Benutzungsentgelte sind über die Zentrale Abrechnungsstelle (Rettungsdienst Bayern) zu leiten.

Bei Unfällen mit Bergrettungsfahrzeugen gilt analog Anlage 2. Bei Notfällen gemäß Anlage 1 sollte auch in der Bergrettung, soweit möglich, ein Notarzt zum Einsatz kommen.

(5) Skiwacht - siehe Anhang BRK 005.

VIERTER ABSCHNITT: Verwaltungsangelegenheiten

§ 51 Verweisung auf organisationsinterne Vorschriften

Soweit dieser Abschnitt keine besonderen Bestimmungen enthält, werden Verwaltungsangelegenheiten durch organisationsinterne Vorschriften geregelt.

§ 52 Einsatztagebuch

(1) Die Rettungsleitstelle führt ein Einsatztagebuch. In das Tagebuch sind alle Rettungsdiensteinsätze mit folgenden Angaben einzutragen:

- a) Datum des Transportauftrages
- b) laufende Einsatzznummer
- c) Zeitpunkt, zu dem der Transport bestellt wurde (Uhrzeit)
- d) Name des Patienten
- e) Einsatz- und Zielort
- f) Einsatzart und Meldebild
- g) Uhrzeit der Weitergabe des Auftrages an die Rettungswache oder an das Fahrzeug
- h) Funkrufname des Rettungsdienstfahrzeuges
- i) Auftraggeber und ggf. besondere Bemerkungen des Auftraggebers.

Notfalleinsätze sind mit den entsprechenden Angaben, mindestens aber mit den unter Satz 1 Buchstaben a, c, e, g und h genannten einzutragen. Sie dürfen durch die Ermittlung von Angaben nicht verzögert werden.

(2) Die Rettungsleitstelle übermittelt der Hilfsorganisation, die den Einsatz durchgeführt hat, die für die Abrechnung notwendigen Angaben aus dem Einsatztagebuch.

§ 53 Inhalt der Dokumentation - Transportbeleg

Die Dokumentation gemäß § 31 hat mindestens folgende Angaben zu enthalten:

- a) Art des Einsatzes
- b) Datum und Uhrzeit des Einsatzes
- c) Einsatz- und Zielort
- d) eingesetztes Fahrzeug
- e) eingesetztes Personal
- f) Name und Wohnort des Patienten
- g) zurückgelegte Fahrstrecke
- h) am Patienten vorgenommene Maßnahmen
- i) Versicherungsverhältnis und Kostenträger (wenn bekannt)
- j) Name des Arztes, wenn der Einsatz auf ärztliche Anordnung durchgeführt wurde (ggf. Beifügung einer ärztlichen Transportanweisung).

Dabei sind die Ausführungsbestimmungen entsprechend Anhang BRK 001 zu beachten.

§ 54 Fahrtenbuch

Für jedes Fahrzeug ist ein Fahrtenbuch oder Bordbuch zu führen, in das jede Fahrt einzeln einzutragen ist.